

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**10. Sitzung des Rates der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 14.12.2010 um 17:00 Uhr  
im Bürgerhaus Gruitzen

Beginn:  
17:00

Ende:  
19:56

**Vorsitz**

Bürgermeister Knut vom Bover

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann

Stv. Peter Bartz

Stv. Mantoy Becker

Stv. Harald Giebels

bis TOP 23

Stv. Wolfgang Goeken

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

Stv. Meike Lukat

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Dr. Karl-August Niepenberg

Stv. Brigitte Taschke

Stv. Andreas Wasgien

Stv. Rainer Wetterau

**SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Ute Dörr

Stv. Jörg Dürr

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

ab TOP 24

Stv. Michael Petersen

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Michael Schneider

Stv. Bernd Stracke

Stv. Heinrich Wolfsperger

Stv. Ute Wollmann

**FDP-Fraktion**

Stv. Philip Daniel

Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Dirk Raabe

ab TOP 4

Stv. Michael Ruppert  
Stv. Patrick Sobbe  
Stv. Klaus Straßburg  
Stv. Arnd Vossieg

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch  
Stv. Jörg-Uwe Pieper  
Stv. Andreas Rehm  
Stv. Jochen Sack  
Stv. Elke Zerhusen-Elker

**UWG-Fraktion**

Stv. Gerhard Herder  
Stv. Karl-Hermann Käpernick

**Die Linke**

Stv. Michael Henchoz  
Stv. Nelson Janßen

ab TOP 5 bis TOP 23

**Schriftführer**

Herr Fabian Winkler

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella  
Herr Guido Mering  
Herr Ingo Meyer  
Herr Wilhelm Terhardt  
Herr Wolfgang Voos

**Der Vorsitzende Knut vom Bover** eröffnet um 17:00 Uhr die 10. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

**Bgm. vom Bover** verweist auf den Nachtrag unter TOP 1.1 und verkündet seine Absicht, den Beschluss des Sozialausschusses bzgl. der "Beschlusskontrolle" beanstanden zu wollen, da er gegen geltendes Recht verstoße. Die Problematik habe er bereits in einer dem Sozialausschuss vorausgehenden Fraktionsvorsitzendenbesprechung erläutert. Die im Hause verfügbaren Unterlagen seien dazu ausgehändigt worden. Der TOP habe entgegen des Beschlusses des Sozialausschusses auch keine Berücksichtigung in der heutigen Tagesordnung gefunden, da er keine Dringlichkeit erkennen könne.

**Stv. Pohler** betont, es sei dem Sozialausschuss darum gegangen, ein Verfahren zu entwickeln, das erlaube, den Bearbeitungsstand sämtlicher Beschlüsse übersichtlich kontrollieren zu können. Er bitte daher von einer Rüge abzusehen und einen gemeinsamen Weg dorthin zu finden.

**Stv. Lukat** bittet um Übersendung des entsprechenden Urteils, aus dem die Verwaltung die Rechtswidrigkeit dieses Beschlusses ableite. Weiterhin beantrage sie die Aufnahme des entsprechenden TOPs auf die Tagesordnung.

#### **Anlage 1**

**StORR Rennert** erklärt, der Bürgermeister müsse den Beschluss gem. § 54 III GO NRW beanstanden. Das Verfahren sehe nach einer Beanstandung eine erneute Beratung im Sozialausschuss vor, daher könne der TOP neben der mangelnden Dringlichkeit nicht in die heutige Tagesordnung aufgenommen werden.

**Stv. Pohler** beantragt, den TOP 20 von der Tagesordnung abzusetzen und begründet dies mit der Vorschrift des § 2 der Geschäftsordnung des Rates, wonach ein gültiger Ratsbeschluss erst nach Ablauf von 6 Monaten erneut behandelt werden könne.

**StORR Rennert** macht deutlich, dass die Geschäftsordnung nur Anträge einzelner Ratsmitglieder ausschließe. Im vorliegenden Fall habe aber eine Fraktion die erneute Beratung verlangt, daher sei die erneute Beratung des TOPs kein Verstoß gegen die Geschäftsordnung des Rates.

**Stv. Ruppert** ist der Ansicht, der Rat habe damals nicht die Form der Ausführung der Querungshilfe beschlossen, darüber hinaus hätten sich in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse ergeben, die den Beschluss in einem anderen Sachverhalt darstelle.

Der Antrag, den TOP 20 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, wird mit 16 Ja- und 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**Bgm. vom Boverl** bittet um das Vorziehen des TOP 20 nach TOP 1.1, um den anwesenden Mitarbeiter des Tiefbauamtes in den Feierabend verabschieden zu können. Hierzu gibt es keine Bedenken. Weiterhin bittet er Darstellungen bei der Vorlage zu TOP 18 zu entschuldigen, welche die Urheberschaft des Antrages der FDP- und nicht der GAL-Fraktion zuwies.

## Öffentliche Sitzung

### 1./ Fragerecht für Einwohner

---

#### **Protokoll:**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

#### 1.1. Einrichtung einer Sparkommission unter der Beratung des Bundes der / Steuerzahler Vorlage: 10/081/2010

---

#### **Protokoll:**

**Stv. Sack** erklärt für die GAL-Fraktion, dass die Bedenken noch nicht komplett ausgeräumt werden konnten. So bleibe unklar, worin die Hilfe des Bundes der Steuerzahler genau bestehen könne und ob der Rat dies nicht aus selbst schaffe. Der Bürgerhaushalt werde für die nachhaltigere Variante zur Haushaltskonsolidierung gehalten. Wichtig sei aber, dass die Ergebnisse der Sparkommission dann auch umgesetzt und nicht wieder zerredet würden. Nach Veröffentlichung der Sparvorschläge im Internet, sei es in Holzwickede zu fast keiner Umsetzung dieser gekommen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

40 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen

#### **Beschluss:**

"Es wird eine Sparkommission eingerichtet. Die Kommission besteht aus dem Vertreter des Bundes der Steuerzahler, je einem Vertreter der Fraktionen, dem Bürgermeister und der Kämmerin. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Termine hierfür anzusetzen."

**2./ Bau einer Querungshilfe auf der B 228**  
**- hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.11.2010**  
**Vorlage: 10/082/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Wetterau** berichtet, das Gutachten stelle keine Konflikte zwischen querenden Fußgängern und dem fließenden Verkehr fest.

**Stv. Ruppert** erläutert den Antrag der FDP-Fraktion. Danach hätten sich durch die Hinweise des Schaustellerverbandes, der Polizei und der Stellungnahme des Behindertenbeauftragten neue Erkenntnisse ergeben, die den bestehenden Ratsbeschluss in einem anderen Licht erscheinen ließen. Weiterhin bestünden Bedenken wegen der Umsetzung der Grünen Welle. Zudem fehle auch der Glaube an die flächendeckende Nutzung der Querungshilfe durch die Fußgänger. Insgesamt überwiegen die Nachteile einer Querungshilfe deren Vorteile.

**Stv. Herder** erklärt für die UWG-Fraktion, dass die ernsthaften Sicherheitsbedenken der Polizei den Grundsatz, dass einmal gefasste Ratsbeschlüsse nicht zu revidieren seien, außer Kraft setzten. Eine Querungshilfe an dieser Stelle sei nicht mit dem jährlichen Kirmesbetrieb vereinbar.

**Stv. Janßen** meint, bei einer Reduzierung der innerstädtischen Höchstgeschwindigkeit mache eine Querungshilfe durchaus Sinn. Daher werde er am Ratsbeschluss festhalten.

**Stv. Pohler** erkennt keinen amtlichen Charakter des Schreibens der Polizei, welches den Eindruck mache, als sei es so von der Verwaltung in Auftrag gegeben worden. Es sei nur eine Frage der Verhandlung mit straßen.nrw, dass eine Querungshilfe auch demontabel errichtet werden könne. Der zunehmenden Radikalisierungstendenz auf unseren Straßen könne nicht tatenlos zugesehen werden.

**Stv. Giebels** äußert sein Befremden über die Aussage des **Stv. Pohler**, die Verwaltung habe die Stellungnahme der Polizei bestellt. Dies impliziere, die Polizei gebe wider besseren Wissens Auskünfte.

**Bgm. vom Bover** weist diese Behauptung als unzutreffend zurück.

**Stv. Zerhusen-Elker** äußert ihr Erschrecken über die Stellungnahme der Haaner Polizei.

**Stv. Rehm** fragt, worüber eigentlich diskutiert werde. Einen Beschlussvorschlag könne er dem Antrag der FDP-Fraktion nicht entnehmen. Er halte die Begründung der Polizei für unbegründet.

**Stv. Ruppert** präzisiert den Antrag der FDP-Fraktion dahingehend, dass der Ratsbeschluss zur Errichtung einer Querungshilfe auf der B 228 aufzuheben sei.

**Abstimmungsergebnis:**

27 Ja- und 17 Nein-Stimmen

**Beschluss:**

"Die Verwaltung wird unter Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 02.11.2010 beauftragt, keinen Auftrag zur Errichtung einer Querungshilfe auf der Kaiserstraße zu erteilen und, falls erforderlich, die Vereinbarung mit straßen.nrw zu kündigen."

**3./ Bericht der Gleichstellungsbeauftragten  
Vorlage: GSB/001/2010**

---

**Protokoll:**

**StOI Lantzen** trägt ihren Bericht mittels Power-Point-Vortrag vor.

**Stv. Wollmann** dankt der Gleichstellungsbeauftragten für ihren Bericht, der zeige, dass Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst nachwievor benachteiligt würden.

**Bgm. vom Bovert** erklärt, hierbei handele es sich um eine Einzelmeinung der Gleichstellungsbeauftragten. Die Verwaltung habe mit dem Personalrat eine Vereinbarung gem. den Vorgaben des TVöD getroffen.

**Stv. Giebels** möchte wissen, ob sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten konstant nach oben bewege.

**StOI Lantzen** erläutert, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten bleibe relativ konstant.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**Beschluss:**

„Der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.“

**4./ Feststellung der Eröffnungsbilanz der Stadt Haan zum 01.01.2009**  
**Vorlage: 20/014/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

"Die Eröffnungsbilanz der Stadt Haan zum 01.01.2009 wird gemäß § 92 Abs.1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW festgestellt.

Die Ratsmitglieder entlasten gemäß § 92 Abs.1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW den Bürgermeister bezüglich der Eröffnungsbilanz der Stadt Haan zum 01.01.2009."

**5./ Änderung der Ladenschlusszeiten in Haan im Jahr 2011**  
**Vorlage: 23/032/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Janßen** berichtet, die Gewerkschaften zu ihrer Meinung hierzu befragt zu haben. Dort habe man Bedenken in Richtung der Arbeitnehmerrechte geäußert. Daher werde er der Vorlage nicht zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

41 Ja- und 1 Nein-Stimme(n) bei 2 Enthaltungen

**Beschluss:**

"Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Jahr 2011 wird in der geänderten Fassung der Anlage 1 beschlossen."

**6./ Tarifordnung des Hallenbades**  
**Vorlage: 40/019/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**Beschluss:**

"Die Tarifordnung des Hallenbades "Alter Kirchplatz" wird mit Wirkung vom 01.01.2011 entsprechend der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage neu gefasst."

---

**7./ Sanierung der Sportanlage Gruitzen**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lemke** hält das Engagement des TSV Gruitzen und des Fördervereins für sehr begrüßenswert und dankt der Verwaltung für die zusammenfassende Stellungnahme.

**Stv. Ruppert** bestätigt, die Initiative des Fördervereins positiv zu verfolgen. Es müsse aber deutlich gemacht werden, dass die Stadt nur für eine evtl. Restfinanzierung belastet werden könne.

**Stv. Rehm** betont den Standpunkt der GAL-Fraktion, wonach man sich eine kostenneutrale Sanierung des Sportplatzes am bisherigen Standort wünsche.

**Stv. Pohler** ist der Meinung, nun alle diskussionswürdigen Fixpunkte und steuerungsrelevanten Daten vorliegen zu haben, auf deren Grundlage zu gegebener Zeit eine weiterführende Beratung stattfinden müsse.

---

**8./ Resolution zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts  
Vorlage: 60/013/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Ruppert** sieht sich für die FDP-Fraktion außer Stande, ohne inhaltliche Diskussion über dieses komplexe Thema eine belastbare Sachentscheidung zu treffen. Daher werde man sich enthalten.

**Abstimmungsergebnis:**

37 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

**Beschluss:**

"Der Rat der Stadt Haan beschließt in Übereinstimmung mit den Positionen des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages, des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen die beigefügte Resolution zur Zukunft der kommunalen Abfallwirtschaft in Deutschland.



---

Der Rat der Stadt Haan fordert alle örtlichen Bundestagsabgeordneten auf, sich im Gesetzgebungsverfahren im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für eine Stärkung der kommunalen Abfallentsorgung einzusetzen."

**9./ Satzung der Stadt Haan über die 14. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen (Grundstücksentwässerungsanlagen) und Festsetzung der Gebühren für das Jahr 2011**  
**Vorlage: 60/014/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung „**Gebühren für die Entsorgung von Abwassergruben und privaten Kleinkläranlagen 2011**“ wird beschlossen.
2. Die „**Satzung der Stadt Haan über die 14. Änderung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**“ in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

**10./ Satzung der Stadt Haan über die 14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage (Abwassergebührensatzung) und Festsetzung der Benutzungsgebühren für das Jahr 2011**  
**Vorlage: 60/016/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Kanalbenutzungsgebühren 2011" wird beschlossen.
2. Die Satzung über die 14. Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Abwasseranlage – Abwassergebührensatzung - wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

**11./ Satzung der Stadt Haan über die 37. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren  
Vorlage: 60/015/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegten Gebührenbedarfsberechnungen "Straßenreinigung und Winterdienst 2011" werden beschlossen.
2. Es wird eine Satzung über die 37. Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren entsprechend dem vorgelegten Entwurf (Anlage III) verabschiedet.

**12./ Satzung der Stadt Haan über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2011  
Vorlage: 60/017/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

1. Die mit dieser Sitzungsvorlage vorgelegte Gebührenbedarfsberechnung "Abfallentsorgungsgebühren 2011" wird beschlossen.
2. Die Satzung über die Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2011 in der vorgelegten Fassung wird beschlossen.

**13./ Zustimmung zur Leistung einer investiven außerplanmäßigen Ausgabe von 400.000 € im Produkt 110110 / Teilfinanzplan (Abfallwirtschaft) zum Ankauf von Müllgefäßen  
Vorlage: 60/018/2010**

---

**Protokoll:**

**Bgm. vom Bover** verweist auf die Stellungnahme des Landrates, die als Tischvorla-

---

ge ausliege. Danach nehme er die Absicht zur Kenntnis und kündigt an, den Gesamtkreditrahmen für das Haushaltsjahr 2011 zu einem späteren Zeitpunkt bekannt zu geben.

**Stv. Vossieg** fragt nach, ob nun die Ausschreibung ohne die Müllgefäße beschlossen werde und welche Konsequenzen dies für den Fall habe, dass die bestehenden Müllgefäße nicht weiter genutzt werden könnten.

**Bgo. Formella** erläutert, daher habe man sich zur außerplanmäßigen Bereitstellung entschieden, weil die vorgesehene Ausschreibung für die Abfallentsorgung dies so erfordere.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

"Die Zustimmung zur Leistung einer investiven außerplanmäßigen Auszahlung von 400.000 € im Produkt 110110 / Teilfinanzplan (Abfallwirtschaft) für 2010 für den Ankauf von Müllgefäßen wird erteilt."

**14./ Musikschule Haan e.V. - Leistungsvertrag**  
**Vorlage: 10/065/2010**

---

**Protokoll:**

**Bgm. vom Bovert** verkündet, die vom HFA empfohlene Vereinbarung mit der Musikschule verhandelt zu haben. Diese liege unterschriftsreif vor. Die weitere Beratung und der Beschluss stünden für den nicht-öffentlichen Teil der Tagesordnung an.

**15./ Beteiligungsbericht 2009**  
**Bericht über die Beteiligung der Stadt Haan an privaten Unternehmen und Einrichtungen**  
**Vorlage: 23/029/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Drennhaus** fragt, warum die Stadt Haan noch Beteiligungen an Wohnungsbaunehmen halte, bei denen man kein Belegungsrecht mehr besitze.

**Bgm. vom Bovert** erläutert, diese Beteiligungen seien historisch gewachsen, würden aber vor dem Hintergrund des Nothaushaltes überprüft.

---

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**Beschluss:**

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**16./ 5. Änderung des Landschaftsplanes des Kreises Mettmann; Änderungen des Planentwurfes aufgrund der Offenlage nach § 29 LG NW hier: Stellungnahme der Stadt Haan zum Bereich "Ellscheid"  
Vorlage: 61/043/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Herder** möchte wissen, inwieweit eine Abstimmung heute noch relevant sei, da die Frist zur Äußerung seitens des Kreises auf den 19.11. datiert worden sei.

**Bgm. vom Bover** erklärt, die Beratung im Kreistag finde im Januar 2011 statt, daher werde auch die Äußerung des Rates der Stadt Haan noch zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

39 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen

**Beschluss:**

„Der Stellungnahme zu den Änderungen des Planentwurfs aufgrund der Offenlage nach § 29 LG NRW zur 5. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Mettmann, mitgeteilt mit Schreiben vom 27.10.2010, wird entsprechend der vorliegenden Sitzungsvorlage zugestimmt.“

**17./ Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 119 "Flurstraße/östliche Hochdahler Straße"  
Vorlage: 63/010/2010**

---

**Abstimmungsergebnis:**

38 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

---

**Beschluss:**

"Die im Bebauungsplan Nr. 119 „Flurstraße/östliche Hochdahler Straße“ ausgewiesene öffentliche Verkehrsfläche erhält die Bezeichnung

c) „**Altes Walzwerk**“.

**18./ Straßenbenennung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 162 "Millrather Straße / Ellscheider Straße"****Vorlage: 63/012/2010**

---

**Protokoll:**

**Stv. Drennhaus** erkundigt sich, wer auf wessen Kosten die neue Allee bepflanze.

**Bgm. vom Bover**t verdeutlicht, der Erwerber sei für die entsprechende Bepflanzung verantwortlich. Nach Rücksprache mit der Firma Retsch habe er erfahren, dass man sich bemühen werde, dort einen Allee-Charakter entstehen zu lassen. Verbindliche Zusagen gäbe es aber nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

27 Ja- und 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen

**Beschluss:**

"Die im anliegenden Lageplan zum Straßenbau **gelb kenntlich gemachte Fläche** im Technologiepark Haan (Bebauungsplan Nr. 162) erhält die Bezeichnung

**"Retsch-Allee"**

**19./ Klimaschutzsiedlung Dieker Straße****- hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 27.10.2010****Vorlage: 10/080/2010**

---

**Protokoll:**

**Bgm. vom Bover**t verweist auf die Stellungnahme des Landrates, die ebenfalls als Tischvorlage ausliege. Er schlägt vor, den Antrag an den PIUA weiterzuleiten.

**Stv. Rehm** erläutert den Antrag der GAL-Fraktion. Er betont, dieser Antrag sei kein Thema für einen Fachausschuss, weil ihm die Detailschärfe fehle, vielmehr sei ein Grundsatzbeschluss durch den Rat erwünscht. Es solle fortgesetzt werden, was mit

---

dem Beschluss des 10-Punkte-Klimaschutz-Programms in Haan begonnen wurde. Es ergebe sich die Chance, ein kommunales Grundstück unter Klimaschutzgesichtspunkten zu veräußern. Dies sei eine Visitenkarte für die Stadt Haan, die auch helfe, Steuergelder einzusparen. Die Bedenken der Verwaltung, derartige Grundstücke ließen sich nur unter finanziellen Einbußen vermarkten, seien unbegründet. Es gebe auch in Haan einen Markt für Energiesparhäuser. Zudem setze sich die GAL-Fraktion für den Erhalt der Kastanien ein, um nicht die Fehler an der Pumpstation zu wiederholen. Für die Sanierung des alten Schulgebäudes müsse ein Investor gefunden werden.

**Stv. Lemke** bittet um weitere Möglichkeit, den Antrag interfraktionell zu beraten und erkennt hierin eine PIUA-Zuständigkeit. Die Möglichkeit einen Investor für die Schulgebäude-Sanierung zu finden, sehe er als unrealistisch an.

**Stv. Dürr** mahnt, der Rat habe auch eine Daseinsvorsorge für die Volkshochschule. Das alte Schulgebäude könne durchaus als neuer Sitz der VHS dienen.

**Stv. Janßen** hält eine weitere Ausschussberatung für obsolet und bittet im Sinne einer Erhaltung des Gartenstadtcharakters um Zustimmung.

**Stv. Ruppert** hält eine Beratung im PIUA für angezeigt. Es gehe darum, rationell mit städtischen Immobilien zu verfahren. Dieser aus seiner Sicht zu frühe Antrag verbaue flexible Handlungsmöglichkeiten und erlege Denkverbote auf.

**Stv. Pohler** möchte nach dem Beschluss zum 10-Punkte-Klimaschutz-Programm nun auch konsequent den zweiten Schritt gehen und lokal handeln. Die Äußerung des Landrates sei nicht nachzuvollziehen. Über die weitere Vorgehensweise beim alten Schulgebäude müsse eine gesonderte Aussprache erfolgen. Ein Grundsatzbeschluss des Rates in die beantragte Richtung sei anzustreben.

**Stv. Kohl** empfiehlt zur Gewinnung zusätzlichen Sachverständes den federführenden Architekten, Herrn Helmut Mohr, zur kommenden Sitzung des PIUA einzuladen.

**Stv. Stracke** bittet auch Herrn Gries als Projektkoordinator mit einzuladen.

Hierzu besteht Einvernehmen.

**Bgo. Formella** ergänzt, Anfang Februar werde es zu einem Runden Tisch mit Vertretern der Politik aus Haan und Hilden, der VHS und den Verwaltung kommen. Dort werde der neue VHS-Standort für Haan thematisiert. Gesucht werde ein Objekt mit einer Größe von 700-800 qm. Bei einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung sei die Stadt Haan trotz bestehenden Nothaushalts aufgrund der Zweckverbandsgrundlagen an die Umsetzung gebunden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

---

**Beschluss:**

Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird die weitere Beratung zunächst im PIUA stattfinden.

**20./ Schoko-Ticket  
hier: Vertragsänderung  
Vorlage: 40/021/2010**

---

**Protokoll:**

**Bgo. Formella** erläutert die Vorlage. Danach sei es das Anliegen des VRR, moderate Preisanpassungen vorzunehmen, bis der zulässige Höchstwert der Eigenanteile für Schüler erreicht sei. Bis zum Jahresbeginn 2012 sei diese dann erreicht und steige bis dahin um 0,80 €. Dies erscheine aus Sicht der Verwaltung als vertretbar und kein Grund, der beantragten Vertragsänderung zu widersprechen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

- 1./ Auf der Grundlage des § 97 Abs. 3 Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 2 Abs. 3 der Schülerfahrkostenverordnung werden die Eigenanteile für den/die 1. anspruchsberechtigte/n Schüler/in sowie alle volljährigen Schüler/innen mit Wirkung vom 01.01.2011 auf 11,60 € (bisher 11,20 €) und mit Wirkung vom 01.01.2012 auf 12,00 € (dann bisher 11,60 €/Höchstbetrag) neu festgesetzt.
- 2./ Der zwischen der Stadt Haan, der Rheinischen Bahngesellschaft sowie der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr GmbH bestehende Vertrag wird mit Wirkung vom 01.01.2011 und zum 01.01.2012 wie folgt geändert:

§ 1

§ 3 Satz 2 und 3 wird zum 01.08.2011 wie folgt geändert:

In den Sätzen 2 und 3 wird der Betrag von 10,80 € auf 11,20 € ersetzt. Mit Wirkung vom 01.01.2012 wird der v.g. Betrag in den Sätzen 2 und 3 auf 12 € ersetzt (eine allgemeine Preisanpassung zum 01.01.2012 vorausgesetzt).

§ 2

Zu diesem Vertrag sind keine Nebenabreden erfolgt.

## 21./ Neubesetzung von Ausschüssen

Vorlage: 10/073/2010

---

### Abstimmungsergebnis:

einstimmig

### Beschluss:

"Im Schul- und Sportausschuss der Stadt Haan wird das ordentliche Mitglied, AM Angela Sander durch AM Natalie Lewandowski ersetzt. AM Sander wird zum stellvertretenden Mitglied ernannt.

Auch die Anträge der Anlagen 1-3 werden beschlossen."

## 22./ Beantwortung von Anfragen

---

### Protokoll:

**Stv. Lukat** fragt an, seit wann und in welcher Weise sich das Amt 23 auf den im Mai kommenden Jahres bevorstehenden Eurovision Song Contest in Düsseldorf vorbereitete.

**Bgm. vom Bover** erläutert, man befinde sich derzeit in Abstimmung mit dem Kreis, der alle kreisangehörigen Städten in dieser Frage bereits kontaktiert habe. Daraufhin habe man alle Hoteliers auf ein mögliches Mehr an Gästen vorbereitet. Unter [www.esc-privaterooms.de](http://www.esc-privaterooms.de) können Privatquartiere offeriert werden. Eine von Frau Lukat angedachte Zur-Verfügung-Stellen von Turnhallen komme aber aufgrund der strikten Nutzungsaufgaben nicht in Betracht.

**Stv. Stracke** möchte wissen, welche Maßnahmen die Stadt seit Beschluss des 10-Punkte-Klimaschutz-Programms ergriffen habe, um dies umsetzen zu könne und ob Haan den Förderkriterien entspreche.

**Bgm. vom Bover** versucht, eine entsprechende Übersicht und Beantwortung zur Sitzung des nächsten Rates erstellen zu lassen. In diesem Zusammenhang könne er aber über die dank RWE möglich gemachte Geothermie-Nutzung eines Unternehmens im Gewerbegebiet Millrather Straße berichten, die der Zusammenarbeit von Verwaltung, ortsansässigen Unternehmen, RWE und Kreis auch in einer Wasserschutzzone ermöglicht werden konnte. Das anzusiedelnde Unternehmen spare hierdurch nach eigenen Angaben Energiekosten in 5 stelliger Höhe ein.



## **23./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Dr. Gräßler** weist auf die als Tischvorlage verteilte Ausschreibung zum Klimaschutzpreis hin und macht darauf aufmerksam, dass Rats- und Energiebeiratsmitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen seien.